

Welt und vor allem durch die Öffnung Chinas zum Westen nach der Kulturrevolution bedingt. Der neue Gouverneur, ein Berufsdiplomat und guter Chinakenner mit langjährigen Erfahrungen in China sowie mit chinesischen Sprachkenntnissen, steht vor einer Reihe von lang andauernden Problemen. Hongkongs Wirtschaft ist zu 59% vom Export abhängig. Angesichts der jetzigen weltweiten Rezession befindet sich die Kronkolonie ebenfalls in einer schlechten Zeit mit einer Arbeitslosenquote von 7% und einer jährlichen Inflationsrate von 15%. Vor allen Dingen haben die Einwohner Hongkongs große Sorge um die Zukunft, weil der Stichtag von 1997, an dem der Pachtvertrag eines großen Teils der Kolonie - der New Territories - mit China immer näherückt. In seiner Rede zum Amtsantritt bekräftigte der neue Gouverneur die gegenwärtigen guten Beziehungen Hongkongs zu der VR China und appellierte an die Bevölkerung, Selbstvertrauen zu bewahren. Ein neues Konzept hat er wohl nicht. Die Zukunft der Kolonie wird eher von Beijing als von London entschieden. Gegenüber der Presse warnte Youde davor, den Chinesen eine eilige Lösung des Problems aufzudrängen. Zwar hat er versichert, daß sich die britische Regierung für die Interessen Hongkongs verantwortlich fühlt, doch in Wirklichkeit hat sich London in letzter Zeit in vielen wichtigen Fragen wie der Staatsangehörigkeit der Hongkonger Einwohner und der Handelsbeziehungen der Kronkolonie mit der EG stets von Hongkong distanziert. Ein Vergleich Hongkongs mit den Falkland-Inseln, wo Großbritannien für das Prinzip der Selbstbestimmung der Einwohner in einen blutigen Krieg mit Argentinien verwickelt wurde, lehnte Joude kategorisch ab (DGB, 22.5.82, vgl. auch C.a., Dezember 1981, S.791, Ü 49).

-ni-

TAIWAN

(36) Rücklauf der Aufträge und Gewinne im Export

Infolge der anhaltenden Wirtschaftszession in den meisten Industrieländern, der Aufwertung des US-Dollar, an den der NT-Dollar fest gebunden ist, sowie der Konkurrenz billiger Waren aus anderen heranwachsenden arbeitsintensiven Herstellungsländern wie Thailand, den Philippinen und Malaysia verschlechterte sich die Lage der taiwanesischen Exportindustrie. Seit geraumer Zeit ging der Wert des Exports von Monat zu Monat zurück, und im April hatte er im Vergleich zum gleichen Zeitraum vor einem Jahr zum ersten Mal wieder ein Minuswachstum von 2,5% zu verzeichnen. Mit 1,6 Mrd. US\$ sanken auch die Aufträge im April gegenüber dem Vergleichsmonat des vorigen Jahres, und zwar um 1,35% (22 Mio. US\$). Ende April reichten die Aufträge für die Herstellungsindustrie auf der Insel im Durchschnitt nur für eine Beschäftigung von 51 Tagen aus. In den ersten vier Monaten sanken die Werte der eingegangenen Aufträge bei einzelnen Branchen um 6,38 bis 38,01%. Nach den Untersuchungen des Außenhandelsamts beim Wirtschaftsministerium glauben die Unternehmer in der Elektro-, Textil- und Transportmittelindustrie an eine zufriedenstellen-

de Veränderung im zweiten und dritten Quartal dieses Jahres, während die Hersteller von Metallprodukten, Schuhen, Weihnachtslampen und Uhren die dunkelste Periode seit zehn Jahren befürchten. Um die Existenz zu sichern, exportieren einige Branchen, vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie, mit Verlust. Im Vergleich zum letzten Quartal mußten die Exporte zahlreicher Güter im ersten Quartal dieses Jahres einen drastischen Rückgang der Gewinne hinnehmen, der z.B. bei Schuhen 30-40%, bei Lampen für die Weihnachtsdekoration 35%, bei Kunstfasern und Holzmöbeln 40% und bei Automobileinzelteilen 25-50% betrug. (CP, 25.5.82, vgl. C.a., April 1982, S.210, Ü 49).

-ni-

(37) Etikettgesetz in Kraft

Im Juli tritt in Taiwan das Etikettgesetz in Kraft. Um die Verbraucher zu schützen, sieht Art.5, Abschnitt 1 des Gesetzes vor, daß alle Waren auf dem Markt eine Beschreibung in chinesischer Sprache haben müssen, die den Namen des Herstellers, Bestandteile, Gewicht, Warennummer, Typ, Gebrauchsanweisung, Herstellungsort, -datum und andere entsprechende Informationen enthalten soll. Von dieser Regelung ausgenommen sind die für den Export bestimmten Waren. Aber wenn sie später wieder auf dem inländischen Markt abgesetzt werden, müssen sie nach Art.7 mit chinesischen Warenzeichen versehen werden. Eine Verletzung der Bestimmungen wird mit 50.000 NT\$ (38 NT\$ = 1 US\$) bestraft. Bisher haben viele einheimische Hersteller englische Etiketten für ihre Produkte benutzt, um bei den Verbrauchern den falschen Eindruck ausländischer Herkunft vorzutäuschen.

Nach einer Beschwerde von deutscher Seite hat das Wirtschaftsministerium in Taiwan jetzt einer Firma auf der Insel verboten, das deutsche technische Überwachungszeichen "GS" für die von der Firma in die Bundesrepublik eingeführten Dekorationslampen für Weihnachten ohne entsprechende Erlaubnis zu benutzen. Der TÜV-Rheinland hat das "Bureau of Commodity Inspection & Quarantine" beauftragt, den Firmen in Taiwan die Garantiemarken zu erteilen. (CP, 28.5.82)

-ni-

(38) Kleiner "Vietnamkrieg" im Flüchtlingslager

In einem Flüchtlingslager der britischen Kronkolonie Hongkong, wo rund 7.500 Flüchtlinge aus Nord- und Südvietnam einquartiert sind, hat sich am 4. Mai ein großer blutiger Zwischenfall ereignet.

Die Flüchtlinge wurden innerhalb des Lagers entsprechend ihrer Herkunft nördlich beziehungsweise südlich der ehemaligen Demarkationslinie zwischen Nord- und Südvietnam getrennt. Mit dieser Maßnahme hatte man ursprünglich gehofft, Konflikte zwischen den Menschengruppen mit verschiedenem sozialen und politischen Hintergrund zu vermeiden. Offenbar wurde die Rivalität durch die Trennung jedoch eher verschärft denn vermindert. Anlässlich eines alltäglichen Handgemenges verhaftete die Polizei zunächst vier Flüchtlinge. Dann brachte man sie zum

Lager zurück, um weitere Teilnehmer an der Schlägerei zu identifizieren. Nachdem zwei weitere südvietnamesische Flüchtlinge von der Polizei weggebracht worden waren, griff eine Gruppe von Lagereinwohnern aus Südvietnam mit Messern, Stöcken, Flaschen plötzlich die nordvietnamesischen Flüchtlinge an. Als die Polizisten zur Unterdrückung der Unruhe anrückten, wurden auch sie von den Südvietnamesen attackiert und aus dem Lager verjagt. Nach dem siegreichen Rückzug der Südvietnamesen in ihre Unterkünfte unternahm die Nordvietnamesen um 22 Uhr eine Gegenoffensive. Sie übergriffen einen Speicher der Südvietnamesen sowie andere öffentliche Einrichtungen im Lager mit Benzin, die daraufhin verbrannten. Als die Feuerwehr kam, wurde sie ebenfalls von dem Mob angegriffen. Erst um Mitternacht konnte die Polizei mit einer verstärkten Truppe von 300 Mann die Unruhen unterdrücken. Insgesamt wurden vier Beamte, ein Journalist und fünfzehn Flüchtlinge verletzt. 176 Flüchtlinge wurden verhaftet (DGB, 4.-7.5.82).

Seit Anfang dieses Jahres sind wieder über 2.000 Vietnamesen nach Hongkong geflüchtet. Die Behörden in Hongkong befürchten eine neue Fluchtwelle in den kommenden Monaten, obwohl die Aufnahmeländer in aller Welt immer seltener bereit sind, die Schutzsuchenden aufzunehmen (SZ, 30.4.82).

-ni-

(39) Zunahme der Kriminalität

Nach dem wiederholten Gefängnisauflauf im März (C.a., März 1982, S.124, Ü 38) und der Entdeckung des internationalen "Baby-Handels" (C.a., April, S.211, Ü 52) hat im Mai eine Reihe von Banküberfällen die taiwanische Presse mit großen Schlagzeilen versorgt. Am auffälligsten war die Aufklärung des Raubs von über 5,3 Mio. NT\$ (38 NT\$ = 1 US\$) bei einer Filiale der "Land Bank of Taiwan" in der Hauptstadt Taipei (Taipei). Der Täter, Li Shike (56), der durch ein Schnellverfahren von dem Militärgericht des Hauptquartiers der Garnison Taiwan zur Todesstrafe verurteilt und bereits am 26. Mai hingerichtet wurde, ist am 14. April mit einer Perücke, einer Kappe, halb verdecktem Gesicht und einer Pistole in die Filiale eingedrungen. Beim Entnehmen des Geldes aus der Kasse hat er auf einen Bankmanager geschossen und diesen schwer verletzt. Um den Überfall vorzubereiten, hatte Li vor zwei Jahren mit einer von ihm selbst gebastelten Waffe einen Polizisten getötet und dessen Pistole weggenommen. Gerade kurz vor und nach der Festnahme Lis am 7. Mai haben sich zwei andere große Überfälle ereignet. Am 5. Mai haben fünf bewaffnete Jugendliche zwischen 18 und 19 Jahren bei einer Speditionsfirma in der Kreisstadt Fengyuan in Mittel-Taiwan 70.000 NT\$ geraubt, und am 10. Mai wurden bei einem Überfall auf das Postamt einer kleinen Stadt in Südtaiwan von zwei maskierten Männern über 160.000 NT\$ erbeutet. Diesmal hat die Polizei vier Tage nach dem Überfall die Täter festnehmen können. Es wurde festgestellt, daß sie bei dem Überfall nur Spielzeug-Pistolen benutzt haben. Offenbar deswegen wurden sie vor dem Zivilstrafgericht angeklagt. Aber auch sie müssen mit einer Todesstrafe rechnen. Das Amts-

gericht der Stadt Taipei hat am 12. Mai vier Angeklagte zur Todesstrafe verurteilt, weil sie Ende Februar dieses Jahres im Börsenhaus der Stadt Wertpapiere im Wert von über 10 Mio. NT\$ geraubt haben. Sieben andere Männer, die wegen des Überfalls im November 1981 auf einen Geldtransportwagen mit einer Beute von 68 Mio. NT\$ in bar vor dem Amtsgericht Taizhong (Taichung) angeklagt waren, erhielten am 14. Mai die Todesurteile.

Im Zusammenhang mit der Aufklärung des oben zuerst erwähnten spektakulären Überfalls auf die Filiale der "Land Bank of Taiwan" hat die Polizei selbst auch eine Blamage hinnehmen müssen.

Am Tag nach der Aufklärung des Falles ist ein anderer von der Sonderkommission für die Fahndung festgenommener Verdächtiger auf mysteriöse Weise gestorben. Während die Polizei von Selbstmord sprach, behauptete die

Tochter des Verstorbenen, die mit ihrem Vater zusammen verhaftet war, daß die Polizei sie und ihren Vater gefoltert habe und daß ihr Vater an den Folgen der Folterqualen gestorben sei. Tatsache ist, daß ein Vernehmungsprotokoll fehlt. Entweder wurde es überhaupt nicht hergestellt oder von der Polizei vernichtet. Fünf verantwortliche Beamte wurden inzwischen entlassen. (ZYRB, LHB und CP, 5.-27.5.82)

-ni-

Die 23. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses

GLIEDERUNG

1. Tagesordnung und Beschlüsse (Schier)
2. Die zweite Phase der Strukturreform des Staatsrats (Schier)
3. Die personellen Veränderungen (Bartke)
4. Der Staatsrat der VR China und seine Mitglieder nach der Strukturreform (Schier)
5. Der wirtschaftliche und soziale Entwicklungsplan für 1982 (Louven)
6. Der Staatshaushalt für 1982 (Louven)
7. Zum Abänderungsentwurf der Verfassung der VR China (Schier)

1. Tagesordnung und Beschlüsse

- Peter Schier -

Nur knapp einen Monat nach seiner 22. Sitzung trat der Ständige Ausschuss des V. Nationalen Volkskongresses vom 22. April bis zum 4. Mai 1982 zu seiner 23. Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Beratungen und die Veröffentlichung des Entwurfs einer neuen Verfassung sowie erneut Beschlüsse im Zusammenhang mit der Strukturreform des Staatsrats. Die umfangreichen personellen Beschlüsse bedeuteten erneut eine Stärkung der politischen Kräfte um Deng Xiaoping: Mit Wan Li und Yao Yilin wurden zwei Politiker zu stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt, die eindeutig der Deng-Fraktion zuzurechnen sind. Gu Mu, Kang Shi'en und Yu Qiuli, alle drei Verfechter einer dirigistischen zentralen Planwirtschaft, zählen zwar zu den neu ernannten zehn Staatsratskommissaren, doch sie verloren gleichzeitig ihre Posten als Kommissionsvorsitzende bzw. Minister, so daß sie an konkretem wirtschaftspolitischen Einfluß einbüßten. Darüber hinaus wurden die Anzahl und das Durchschnittsalter der Kader in den Führungsgremien der Staatsratsorgane erheblich gesenkt.

Auf der Tagesordnung der 23. Sitzung des Ständigen NVK-Ausschusses standen folgende Punkte:

22.4.1982

Erläuterungen des stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für die Abänderung der Verfassung, Peng Zhen, zum Abänderungsentwurf der Verfassung der Volksrepublik China (RMRB, 29.4.82; dtsh. in: BRU, 11.5.82, S.17-25).

23.-25.4.1982

Beratung des Abänderungsentwurfs der Verfassung der VR China.

26.4.1982

- Beschluß über die Veröffentlichung des Abänderungsentwurfs der Verfassung der VR China:

1. Der Abänderungsentwurf soll veröffentlicht und landesweit diskutiert werden.
2. Die Diskussion des neuen Verfassungsentwurfs soll bis Ende August 1982 abgeschlossen werden.
3. Abänderungsvorschläge sollen der Kommission zur Abänderung der Verfassung bis Ende August 1982 zugeleitet werden.

Auf der Grundlage dieser Vorschläge soll die Kommission erneute Abänderungen vornehmen und dann den Entwurf der 5. Tagung des V. NVK zur Beratung und Verabschiedung vorlegen. (RMRB, 27.4.82)

- Erläuterungen von Ministerpräsident Zhao Ziyang zum Stand der Strukturreform des Staatsrats und zu drei diesbezüglichen Anträgen bzw. Beschlüßvorlagen (Zusammenfassung in: RMRB, 27.4.82).

28.4.1982

- Bericht des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Zentralen Planungskommission, Yao Yilin, über den Entwurf des wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsplans für 1982. (RMRB, 6.5.82).

- Bericht des Finanzministers Wang Bingqian über den Entwurf des Staatshaushalts für 1982 (ebd.).

- Erläuterungen des stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Kommis-

sion für Anlageninvestitionen, Lü Kebai, zum Entwurf der Vorschriften für die Beschlagnahme von Land für staatliche Anlageninvestitionen.

4.5.1982

- Beschluß über die Verwirklichung des Strukturreformplans für die Kommissionen und Ministerien des Staatsrats (RMRB, 5.5.82).

- Ernennung von zwei stellvertretenden Ministerpräsidenten und von 10 Staatsratskommissaren sowie Entlassung von 11 stellvertretenden Ministerpräsidenten (ebd.).

- Ernennung von zwei neuen Kommissionsvorsitzenden und 21 neuen Ministern sowie entsprechende Entlassungen (ebd.).

- Verabschiedung des wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsplans für 1982 (ebd.).

- Verabschiedung des Staatshaushalts für 1982 (ebd.).

- Beschluß über die Einrichtung von Beraterposten beim Obersten Volksgerichtshof und bei der Obersten Volksstaatsanwaltschaft (ebd.).

- Ernennung von stellvertretenden Präsidenten bzw. stellvertretenden Generalstaatsanwälten und Beratern des Obersten Volksgerichtshofs und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft sowie Entlassungen innerhalb der Zentralen Justizorgane (ebd.). Durch diesen Beschluß wurden die Zahl der stellvertretenden Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofs von 7 auf 4 und die der stellvertretenden Generalstaatsanwälte der Obersten Volksstaatsanwaltschaft von 8 auf 3 reduziert. Das Durchschnittsalter sank von 70 auf 63 Jahre.